



**Dr. Andreas Schockenhoff**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Pressemitteilung**

### **Schockenhoff (CDU): Elektrifizierung der Südbahn voll im vereinbarten Zeitplan**

Berlin, 14.10.2011

**Dr. Andreas Schockenhoff, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-7 31 74

Fax: +49 30 227-7 69 55

andreas.schockenhoff@bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages  
für den Wahlkreis Ravensburg

Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

#### **Zur aktuellen Berichterstattung über die Infrastrukturprojekte Südbahn und B30 Süd erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Wahlkreisabgeordnete Dr. Andreas Schockenhoff:**

Ich kann nur immer wieder betonen: Die Elektrifizierung der Südbahn zwischen Ulm und Lindau liegt voll im vereinbarten Zeitplan und wird planerisch vorangetrieben. Auf Basis der bereits abgeschlossenen Vorplanungen werden momentan die weiterführenden Planungen vorgenommen und noch in diesem Jahr für erste Abschnitte die Planungsfeststellungsverfahren eingeleitet. Diese Ergebnisse werden spätestens Ende des Jahres 2012 vorliegen. Sie sind gleichzeitig die zentrale Voraussetzung für den Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Dass es dem BMVBS zugleich erst nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes durch den Deutschen Bundestag Ende November möglich ist, seriöse und maßnahmenscharfe Angaben über die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel zu machen, erklärt sich von selbst.

Die grün-rote Landesregierung und grünen Abgeordneten in Bund und Land fordere ich auf, beim Thema Südbahn nicht schon wieder mit gezielten Falschaussagen und polemischen Anschuldigungen für Verunsicherung zu sorgen. Dies schadet immer und zuvorderst der Region und den Bürgerinnen und Bürgern. Daher sollten sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung bewusst werden und gemeinsam für belastbare Fakten sorgen. Dafür setze ich mich ein und bemühe mich in Berlin in den laufenden Beratungen mit Regierung und Parlament um zusätzliche Mittel.



Gleichzeitig hat sich die politische Lage in Baden-Württemberg mit dem Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung geändert. Dadurch darf jedoch der Bau der B30 Süd nicht ausgebremst werden. Die Festlegung im grün-roten Koalitionsvertrag: "Beim Ausbau der Bundesfernstraßen werden wir gegenüber dem Bund einfordern, dass vor Beginn von neuen zunächst alle im Bau befindlichen Vorhaben fertig zu stellen sind." zwingt die Bundesregierung in den Wartestand. Die Landesregierung muss schnellstmöglich erklären, ob und wie sie den Bau der B30 weiterverfolgt. Dass die Grünen in Stuttgart die Blockade manifestieren und sich gleichzeitig im Wahlkreis für einen Infrastrukturausbau einsetzen, entbehrt jeder Logik. Aus dem BMVBS gibt es Signale, dass die Finanzierung der B30 über eine LKW-Maut möglich ist - wenn die Landesregierung den Bau forciert.

(2.454 Zeichen)